Nr. 560. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 30. November 1898.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die zweijährige Dienstzeit.

Im journalistischen Theile des „Mil.-Wochenbl." erörtert ein „in der Praxis stehender Kompagniechef" die Frage, was unserer Infanterie vor Allem noth thut, wenn nach Ablauf der Fünfjahrfrist die zweijährige Dienstzeit der Fußtruppen beibehalten wird. Es heißt da in der Einleitung: Je kürzer die Dienstzeit, um so zwingender wird die Nothwendigkeit, möglichst alle Mannschaften der Kompagnie täglich und dauernd zum Dienst zusammen zu haben. Bei der dreijährigen Dienstperiode blieb genügend Zeit, um den Mann das, was er in Folge zeitweiliger Abkommandirung u. s. w. in seiner Ausbildung versäumt hatte, später wieder einbringen und nachholen zu lassen. Nicht so bei der zweijährigen Dienstzeit, welche übrigens in Folge früherer Entlassung der Reserven und späterer Einstellung der Rekruten, sowie nach Abzug der Hauptfeiertage und eines damit verbundenen, kaum zu umgehenden kurzen Heimathsurlaubs, auf etwa 22 Monate zusammengeschrumpft. In dieser verhältnißmäßig kurzen Spanne Zeit müssen dem Manne nicht nur diejenigen Kenntnisse und technischen Fertigkeiten beigebracht werden, welche der heutige Krieg vom Infanteristen fordert, sondern es muß ihm vor allem jenes hohe Maß von Mannszucht anerzogen werden, welches ihn befähigt, im Feuer der heutigen Schußwaffen nicht nur auszuharren, sondern auch auf das Kommando seiner Führer: „Auf—Marsch—Marsch!" aus der schützenden Deckung aufzuspringen und den todtbringenden Geschossen des Feindes ohne Wanken und Bedenken entgegenzugehen. Diese ernste Probe auf die Nerven wird der Soldat nur bestehen können, wenn ihm die Mannszucht zur anderen Natur geworden, wenn ihm der blinde, unbedingte, eiserne Gehorsam in Fleisch und Blut übergegangen, jener Gehorsam, welcher stärker ist, als die Nerven des Menschen, stärker als die Todesfurcht. Die dem Soldaten schon in der Schule anerzogene, während der aktiven Dienstzeit sorgfältig weiterzubildende, zu hegende und zu pflegende Vaterlandsliebe und das Gefühl der Treue zu Kaiser und Reich werden in der Krisis der Schlacht sicherlich ihre stärkende Wirkung auf die Kämpfenden nicht verfehlen — unbedingt verläßlich aber als Triebkraft zum Ausharren und Draufgehen im Feuer bleibt bei der großen Masse nur jener eiserne Gehorsam. Ein solch hohes Erziehungsergebniß während einer aktiven Dienstzeit von 22 Monaten zu erzielen, ist möglich — aber nur dann, wenn der Soldat dauernd in der straffen Zucht des täglichen Dienstes sich befindet.

Von der Erfüllung dieser Vorbedingung, daß der Soldat während seiner Dienstzeit dauernd in der straffen Zucht des täglichen Dienstes verbleibt, sind wir jedoch, wie der Verfasser im „Mil.-Wochenbl." bemerkt, noch weit entfernt. Der Verfasser verlangt, daß die Zahl der Abkommandirungen möglichst eingeschränkt werde. Für die Erreichung dieses Zieles macht er 11 Vorschläge: 1. An Stelle der jetzt aus der Truppe abkommandirten Köche sollen Kochfrauen gehalten werden, 2. die Truppen sollen ihr Kasernement nicht selbst bewirthschaften, sondern die Garnisonverwaltung soll die Bewirthschaftung übernehmen; 3. die Kantinen sollen grundsätzlich verpachtet und nicht selbst bewirthschaftet werden; 4.—5. das Brod beim Proviantamt und die Postpackete sollen nicht mehr von Mannschaften der Truppen in Empfang genommen werden; 6.—9. die Arbeiten zur Erhaltung der Schießstände und auf den Bataillons- und Regimentskammern, das Waschen der Leibwäsche und die Arbeiten in den Oekonomiehandwerkerstuben sollen nicht mehr von Mannschaften der Truppen übernommen werden; 10. aktive Mannschaften sollen nicht mehr als Erntearbeiter abkommandirt werden und 11. in jedem Korpsbezirk ist ein Soldaten-Genesungsheim zu errichten, um erkrankte Soldaten möglichst schnell wieder gesund zu machen. Es ist erfreulich, aus dem Munde eines aktiven Kompagniechefs zu hören, daß eine zweijährige Dienstzeit zur Ausbildung des Infanteristen genügt, und es ist nicht minder erfreulich, diese Ausführungen im „Mil.-Wochenbl." zu lesen. Wenn auch dessen journalistischer Theil eines amtlichen Charakters entbehrt, hat er doch insofern einen halbamtlichen Charakter, als der Name des Verfassers, der, wie bemerkt, ein aktiver Hauptmann ist, dessen Vorgesetzten bekannt sein muß. Die Veröffentlichung wäre nicht erfolgt, wenn die Vorgesetzten des Verfassers seine Ausführungen nicht billigten. Der Verfasser schließt seine Arbeit mit folgenden Sätzen: „Wir sind uns wohl bewußt, daß zur Durchführung obiger Vorschläge erstens Geld, zweitens Geld und drittens nochmals Geld gehört. Wenn dieses Geld aber bewirkt, daß in Zukunft alle Leute mit nur ganz wenigen, unvermeidlichen Ausnahmen dauernd in der Zucht des täglichen Dienstes verbleiben, und daß somit die zweijährige Dienstzeit beibehalten werden kann, ohne daß ein Rückgang in Ausbildung und Mannszucht zu befürchten ist, so wird Niemand behaupten, daß dieses Geld zum Fenster hinausgeworfen wäre. Uebrigens würde dasselbe nicht zum kleinsten Theil direkt der arbeitenden Bevölkerung zu gute kommen, insoweit die gemachten Vorschläge darin gipfeln, daß Arbeiten des Wirthschaftsbetriebes, welche jetzt von der Truppe selbst verrichtet werden, an Zivilarbeiter, zum Theil an Frauen, übergehen.

Die Ausweisungen in Preußen

beschäftigten gestern das österreichische Abgeordnetenhaus. In Beantwortung einer Interpellation der Abgeordneten Jaworski und Engel wegen der Ausweisung österreichischer Staatsangehöriger aus Preußen bezw. Deutschland erklärte Ministerpräsident Graf Thun: Es müsse wohl als ein unbestrittenes Recht eines jeden Staates anerkannt werden, fremde Elemente, deren Aufenthalt in seinem Gebiete im öffentlichen Interesse nicht erwünscht sein könne, auf seinem Territorium nicht zuzulassen, oder schon Niedergelassene wieder auszuweisen. Dieses Recht stelle sich als ein Ausfluß der staatlichen Souveränität dar und habe auch in der österreichischen Gesetzgebung klaren Ausdruck gefunden. Allerdings dürfe dieses Recht nicht in der Weise gehandhabt werden, daß gewissermaßen ganze Kategorien und Klassen der Bevölkerung eines fremden Staates als solche von der Niederlassung schlechtweg ausgeschlossen würden. Einen derartigen Charakter aber, daß sie etwa einer Verleugnung der völkerrechtlichen Grundsätze über die internationale Verkehrsfreiheit gleichkämen, und daß in weiterer Folge unter diesem Gesichtspunkte dagegen aufgetreten werden könnte, hätten nach den bisher gemachten Wahrnehmungen und angestellten Erhebungen die Ausweisungen österreichischer Staatsbürger aus Preußen bezw. Deutschland nicht, wenngleich zugegeben werden müsse, daß die preußischen Regierungsbehörden von ihrer Machtbefugniß, bedenkliche oder anstößige Elemente auszuweisen, in letzter Zeit einen thatsächlich umfangreicheren Gebrauch gemacht hätten, als dies in früheren Perioden der Fall gewesen sein möge. Wenn durch dieses Vorgehen in größerem Maßstabe gerade österreichische Staatsangehörige böhmischer und polnischer Nationalität getroffen wurden, so erkläre sich dies damit, daß in Folge der lokalen Nachbarschaft gerade die österreichischen Staatsangehörigen slawischer Zunge das Hauptkontingent jener österreichischen Staatsangehörigen ausmachten, die in den preußischen Grenzprovinzen auf Verdienst und Erwerb ausgehen, und welche am häufigsten von der Ausweisung betroffen werden, da sie sich meist in wirthschaftlich wenig gesicherter Stellung befänden. Weitaus der größte Theil der von der Ausweisung aus Preußen bisher betroffenen österreichischen Unterthanen gehöre der Klasse der landwirthschaftlichen Hülfsarbeiter an. Diese würden naturgemäß entbehrlich und demzufolge aus Arbeit und Verdienst entlassen, sobald die landwirthschaftlichen Arbeiten ihren Jahresabschluß gefunden hätten. Gelinge es ihnen nicht, nach Entlassung aus diesem Arbeitsverhältnisse anderweite Beschäftigung zu finden, was wohl immer mit großen Schwierigkeiten verbunden sei, da sie, abgesehen von der Konkurrenz im Angebote in der Regel eine für ein Gewerbe oder eine Industrie geforderte Befähigung nicht besitzen, so träten sie in die Reihe der Arbeitslosen und verfielen als solche der polizeilichen Behandlung, wie dies analog auch im Inlande der Fall sei. Wenn nun auch trotz der unleugbaren Schärfe, mit welcher das Ausweisungsverfahren in Preußen gehandhabt werde, eine flagrante Verletzung der völkerrechtlichen Grundsätze oder besonderer vertragsmäßiger Rechte nicht behauptet werden könne, so habe sich gleichwohl das Auswärtige Amt, insbesondere im Hinblick auf die empfindlichen Rückwirkungen, welche die preußischerseits befolgte Fremdenpolitik auf einzelne wirthschaftliche Existenzen auszuüben geeignet sei, bei der kaiserlich deutschen Regierung wiederholt und nachdrücklich bemüht, daß bei Ausweisungen österreichischer Staatsangehöriger von preußischer Seite mit thunlichster individueller Unterscheidung und Rücksichtnahme auf die jeweiligen persönlichen Verhältnisse der Auszuweisenden vorgegangen werde, insbesondere aber in jenen einzelnen Fällen, in welchen um Vermittelung der österreichischen Vertretungsbehörden nachgesucht wurde, seien dieselben immer, und oft erfolgreich, darauf bedacht gewesen, alle jene Gesichtspunkte, welche im konkreten Falle irgendwie berücksichtigungswerth erscheinen konnten, der thunlichsten Würdigung seitens der preußischen Behörden zu empfehlen und dahin zu wirken, daß die in den Ausweisungs-Maßregeln liegenden Härten möglichste Milderung erführen. Allerdings sei den österreichischen Vertretungsbehörden die Möglichkeit versagt gewesen, in jenen Fällen irgendwelche Schritte zu Gunsten der Ausgewiesenen zu unternehmen, in welchen die letzteren sich dem Ausweisungs-Erkenntnisse fügten, ohne die Intervention der österreichischen Vertretungsbehörde in Anspruch genommen zu haben. Die bereitwilligen Zusicherungen, welche dem diesseitigen Ministerium des Auswärtigen von dem Berliner Kabinet noch erst in jüngster Zeit zugekommen wären, ließen hoffen, daß das jetzige Verhalten der preußischen Behörden, sofern es die Ausweisung österreichischer Unterthanen betreffe, mit jenen Rücksichten in Einklang gebracht werde, welche Oesterreich für seine Staatsangehörigen beanspruchen könne. Sollte sich jedoch diese Erwartung fortan nicht erfüllen und sollte insbesondere in der Ausweisung österreichischer Unterthanen entweder eine Kränkung derselben im Genusse ihrer völkerrechtlichen oder vertragsmäßigen Ansprüche erkannt werden, oder sollte endlich den Ausweisungen nicht mehr der Charakter einer gegen einzelne Individuen wirksamen Polizeimaßnahme zukommen, so wolle das Haus in diesem Falle die bündige Versicherung von ihm, dem Grafen Thun, entgegennehmen, daß er, und zwar in dieser Hinsicht in vollem Einvernehmen mit der gemeinsamen Regierung, nicht zögern werde, die Rechte der österreichischen Unterthanen mit vollem Nachdrucke zu wahren, eventuell den Grundsätzen der Reziprozität entsprechende Maßregeln anzuwenden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die Vorgänge in Frankreich.

Vergebens bemühen sich die dem großen französischen Generalstabe ergebenen Organe, den Anschein zu erwecken, als ob das Vertrauensvotum der Deputirtenkammer für das Ministerium Dupuy zugleich einen Erfolg der Militärpartei bedeute. Vielmehr hat die Revisionsangelegenheit und im Zusammenhange damit die Affaire Picquart insofern einen bedeutsamen Fortschritt gemacht, als dem Kassationshofe mit aller Bestimmtheit das Recht zuerkannt wurde, die kriegsgerichtlichen Akten gegen den Oberstlieutenant Picquart einzufordern. Zugleich wird von den der Revision günstigen Organen betont, daß Dank den Erklärungen der früheren Minister Poincaré und Barthou der moralische Sieg auf Seite der Vertheidiger von Recht und Gesetzlichkeit geblieben sei. Als eine Befreiung des eigenen Gewissens bezeichnete es der frühere Minister des Auswärtigen Poincaré, daß er nun endlich in der Lage wäre, die Legende zu zerstreuen, das Ministerium, dem er angehörte, habe Kenntniß von den Mittheilungen des Kapitäns Lebrun-Renault über ein angebliches Geständniß des Kapitäns Dreyfus erhalten.

Höchst zweideutig bleibt nach wie vor das Verhalten des Militärgouverneurs von Paris, General Zurlinden. Die „Agence Havas" hatte dementirt, daß der General durch die Weisungen des Präsidenten der Republik gedeckt sei. In den Blättern, denen das Dementi galt, erkannten sich der „Siecle", der „Radical" und der „Rappel". Diese machen nun dazu spitzige Bemerkungen und halten an ihrer Darstellung fest. Der „Radical" meint, General Zurlinden habe sich gern oder ungern für den Präsidenten der Republik opfern müssen, und man dürfe aus dem Umstande, daß Herr Felix Faure den Militärgouverneur im Stiche läßt, schließen, es stehe schlimm um den großen Generalstab. Wie General Zurlinden „einfach nach seinem Gewissen gehandelt hat", will der „Rappel" seinen Lesern zeigen. Der Militärgouverneur, schreibt er, hat seit dem Beginn der Picquart-Affaire unabläßig mit den Herren Cavaignac, Deroulede und Dupaty verkehrt, ja mit Dupaty, der aus dem Heere ausgestoßen und der Verfertigung der Depeschen „Blanche" und „Speranza", die Picquart hätten verderben sollen, überführt worden ist. Erst am Sonnabend hatte General Zurlinden eine lange Unterredung mit Deroulede, dem Führer der Nationalistenpartei. Der Militärgouverneur, auch das ist sicher, hatte auf den dritten Anklagepunkt gegen den Oberstlieutenant Picquart (Mittheilung von Dokumenten) verzichtet, sich aber durch Einflüsterungen bestimmen lassen, diesen Anklagepunkt wieder aufzunehmen. „General Zurlinden", schreibt das Blatt, „wage es doch, uns abermals Lügen strafen zu lassen." Im „Siecle" zählt Yves Guyot eine ganze Reihe disziplinwidriger Handlungen Zurlindens auf, über die interpellirt werden müsse. Eine derselben war die Art, wie General Zurlinden seinen Austritt aus dem Kriegsministerium erklärte, indem er sich an den Präsidenten der Republik, statt an den Ministerpräsidenten wandte.

In Kassationshofkreisen bezeichnet man die Annullirung des Dreyfus-Urtheils als sicher; die weitere Untersuchung bezweckt blos die Feststellung der Schuld Esterhazy's sowie die Verantwortung Mercier's und des Generalstabes. Unmittelbar nach Beendigung des Verhörs Picquarts, welches noch fortdauert, wird der Kassationshof die Auslieferung der Picquartakten fordern. Auf Picquarts Namen findet ein förmliches Plebiszit statt; bisher sind bereits hunderttausend Unterschriften beisammen.

Dupuy und Freycinet versicherten, wie verlautet, befreundete Senatoren der energischen Vertretung der Rechte des Kassationshofs gegen das Militärgericht, wenn letzteres etwa Widerstand gegen die Verfügungen des höchsten Gerichtshofes erheben sollte. Es ist sicher, daß der Kassationshof den Prozeß Picquart in seine Hände nehmen wird.

Dreihundert junge Leute manifestirten gestern Nachmittag vor der Ecole de médecine mit Hochrufen auf Picquart, bis die Polizei sie auseinandertrieb.

Aus dem Reiche.

Der **Kaiser** und die **Kaiserin** haben unmittelbar nach ihrer Ankunft in Potsdam und dann nochmals am Sonntag früh an den Großherzog und die Großherzogin gedrahtet, um auszusprechen, wie sehr sie erfreut waren, bei dem großherzoglichen Paar zu verweilen. Das Kaiserpaar hat hinzugefügt: Diese Rückkehr ins Vaterland und der warme Empfang Eures Landes wird uns stets im Herzen bleiben. Ja, wir werden nie den schönen und so ungemein warmen Empfang vergessen, den Ihr und das Land uns bereitet. — Der Kaiser überwies der Gemeinde Brotterode zur Wiederherstellung ihrer durch den Brand zerstörten Kirche ein Gnadengeschenk von 32 000 Mark. — Der **Ritterakademie in Liegnitz** hat der Kaiser auf eine Huldigungsdepesche, die in ihrem Namen der Kurator der Anstalt, Graf von Kospoth, anläßlich der Stiftung eines Kaiserbildnisses abgesandt hatte, mit folgendem Telegramm geantwortet: „Ich spreche Ihnen für den Mir übersandten patriotischen Gruß Meinen Königlichen Dank aus. Ich weiß, welchen Geist Sie in der Ihrer Fürsorge anvertrauten Anstalt, einer Pflegestätte altpreußischer Tugenden, hochzuziehen und hochzuhalten bestrebt sind, und so gebe Ich mich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß stets Männer aus ihr hervorgehen werden, die für König und Vaterland zu jeder Zeit ihr Bestes zu opfern bereit sind. Wilhelm R." — Der **Finanzminister Dr. v. Miquel** ist immer noch unpäßlich. Er braucht das Bett nicht zu hüten, doch der Arzt hat ihm das Verlassen seiner Privatwohnung untersagt. Es steht jedoch nach der „N. A. Ztg." zu erwarten, daß Herr v. Miquel Ende dieser Woche vollständig wiederhergestellt sein wird. — **Generallieutenant v. Grone**, Kommandeur der 28. Division in Karlsruhe, ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit Pension zur Disposition gestellt. — Der **fünfzigste Jahrestag** der Einführung der Verfassung des Lübeck'schen Freistaates wurde gestern in Lübeck von Senat und Bürgerschaft unter Theilnahme der bürgerlichen Deputirten und der Mitglieder der Gewerbe und der Handelskammer in festlicher Weise begangen. — Der langjährige Präsident des Landtags in Sondershausen, **Justizrath Bärwinkel**, ist heute in Arnstadt gestorben. — Der Bürgerausschuß in Mannheim beschloß die **Aufhebung sämtlicher Oktrois**, mit Ausnahme desjenigen auf Bier und Wein.

Deutschland.

Berlin, 30. November. Wie der „Münch. Ztg." von gut unterrichteter Seite mitgetheilt wird, habe der Prinzregent vor einiger Zeit sämtliche Regierungspräsidenten nach München berufen, um sich über die Stimmung, welche über einen dortigen obersten Militärgerichtshof im Lande herrscht, Bericht erstatten zu lassen. Die Mehrzahl der Herren äußerte sich dahin, daß die derzeitige Volksstimmung so national sei, daß etwaige Zugeständnisse an Preußen keinerlei Nachtheile für das Ansehen des Regenten im Lande mit sich bringen könnten. Es soll auch die Frage einer eventuellen Militärkonvention zwischen Baiern und Preußen besprochen worden sein.

— In Wien traf gestern das Geschenk des deutschen Kaisers für den Kaiser Franz Josef zu dessen Regierungsjubiläum ein. Dasselbe besteht in einem in der königl. preußischen Porzellanmanufaktur hergestellten kostbaren Porzellanservice, welches der deutsche Botschafter Graf zu Eulenburg und der Militärattachee Graf von Moltke heute dem Kaiser überreichen werden.

— Die „Münch. Allg. Ztg." ist von Berlin aus in den Stand gesetzt, die Grundzüge der neuen Militärvorlage bereits jetzt zu veröffentlichen. Es handelt sich danach um eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke für das nächste Etatsjahr von ca. 14 000 Mann, mit der Exspektanz auf weitere Vermehrung in den folgenden Jahren der Legislaturperiode. Der vermehrte Bedarf an Offizieren ist dabei nicht eingerechnet.

Die Mittheilungen sind angeblich den dem Bundesrathe jetzt zugegangenen Etats für die Organisations-Aenderungen 1899 entnommen. Danach sind innerhalb des preußischen Kontingents für das Jahr 1899 in Aussicht genommen: die Neuerrichtung von 1 Generalkommando, 3 Divisionsstäben, 1 Inspektion der Verkehrstruppen, 18 Feldartilleriebrigadestäben, 1 Inspektion der Telegraphentruppen, 37 Feldartillerie-Regimentsstäben, 14 Feldartillerie-Abtheilungsstäben, 35 fahrenden Batterien mit mittlerem Etat, 1 Betriebsabtheilung der Eisenbahn-Brigade, 3 Telegraphen-Bataillonen, 1 Halbinvaliden-Abtheilung. Etatserhöhungen sollen eintreten bei 39 Infanterie-Regimentern, 38 reitenden Batterien, 17 Feldartillerie-Regimentsstäben, der Versuchs-Kompagnie der Artillerie-Prüfungskommission, der Eisenbahn-Regimenter, in deren Bestand die würtembergische Eisenbahn-Kompagnie übernommen werden soll, der Luftschiffer-Abtheilung, bei 8 Train-Bataillonen für Bespannungszwecke der Fußartillerie, bei 3 Train-Bataillonen für Bespannungszwecke der Telegraphentruppen, bei 1 Train-Bataillon für Zwecke der Kavallerie-Telegraphenschule, bei den Bezirks-Kommandos, durch Etatirung von Lazarethgehülfen für die Sanitätsämter und Divisionsärzte, durch Rationsgewährung für zwölf als Mitglieder der Artillerie-Prüfungskommission kommandirte Hauptleute der Feld- und Fuß-Artillerie. Stärkeverminderungen sind in Aussicht genommen für die Inspektion der Militär-Telegraphie durch deren Auflösung, bei 28 Infanterie-Regimentern, 33 Feldartillerie-Regimentsstäben, 2 reitenden Batterien, 334 fahrenden Batterien, beim Garde-Pionierbataillon durch Fortfall der bisher als Telegraphen-Stammtruppe verwendeten 5. Kompagnie, bei den Eisenbahnregimentern, schließlich durch Fortfall eines Adjutanten (Hauptmann) beim Generalkommando XI. Armeekorps, wodurch sich bestätigt, daß das neue Armeekorps mit Zuhülfenahme des Ueberschusses des gegenwärtigen, drei Divisionen zählenden XI. Armeekorps gebildet werden wird. Der Zugang wird auf 13 089 Mann, 3146 Pferde, der Abgang auf 1665 Mann, 296 Pferde berechnet, so daß eine Präsenzstandsvermehrung von 11 424 Mann, 2850 Pferden verbleibt.

Für das sächsische Kontingent sind in Aussicht genommen: die Neuerrichtung 1 Generalkommandos, 1 Divisionsstabs, 1 Infanteriebrigadestabs, 1 Feldartilleriebrigadestabs von 3 Feldartillerie-Regimentsstäben, 1 Feldartillerie-Abtheilungsstäben, 12 fahrenden Batterien mit mittlerem Etat unter Verwendung einer vorhandenen reitenden Batterie mit niedrigem Etat, 1 Pionierbataillon unter Verwendung von 2 vorhandenen Kompagnien, 1 Detachement bei der Betriebsabtheilung der Eisenbahnbrigade, 1 Telegraphenkompagnie, 1 Trainbataillon zu 3 Kompagnien unter Verwendung einer vorhandenen Trainkompagnie und einer vorhandenen Stabsoffiziersstelle, 1 Halbinvalidenabtheilung durch Theilung der vorhandenen Halbinvalidenabtheilung. Verstärkungen sollen erhalten: das Kriegsministerium unter Uebertragung von zwei Offiziersstellen vom Generalkommando und Generalstab, der Generalstab, 6 Infanteriebataillone, 2 reitende Batterien, 2 Feldartillerieregimentsstäbe, 2 Fußartilleriebataillone, die Handwerkerabtheilung des Bekleidungsamts. Ferner werden auch hier Lazarethgehülfen für die Sanitätsämter und Divisionsärzte etatirt. Die Präsenzstandsvermehrung wird auf 2073 Mann und 887 Pferde berechnet.

Für das würtembergische Kontingent ist beabsichtigt: die Neuerrichtung von 1 Feldartillerie-Brigadestab, 2 Feldartillerie-Regimentsstäben, 1 fahrenden Batterie mit mittlerem Etat, 1 Telegraphen-Detachement. Verstärkungen sollen erhalten: 3 Infanterie-Bataillone, 4 Kavallerie-Regimenter, das Pionier-Bataillon, das Sanitätsamt und die Divisionsärzte durch Etatirung von Lazarethgehülfen. Die würtembergische Eisenbahn-Kompagnie wird auf das preußische Militärkontingent übernommen. Die Präsenzstandsvermehrung ist auf 273 Mann, 82 Pferde berechnet.

Für das baierische Kontingent enthalten die bezeichneten Etats noch keine Angaben. „Wenn man jedoch die beigegebene Uebersicht der Etatsstärke des deutschen Heeres nach Durchführung der für das Rechnungsjahr 1899 geplanten Organisations-Aenderungen" prüft und findet, daß Baiern mit seiner derzeitigen Organisation und der jetzigen Etatstärke vorgetragen ist, während sich bei den übrigen Kontingenten die vorstehend erwähnten Organisations-Aenderungen bereits ziffernmäßig ausgedrückt finden, so kommt man zur Ueberzeugung, daß sich Baiern aus irgendwelchen, jedenfalls vertragsmäßig begründeten Verhältnissen im Jahre 1899 noch nicht an der Aenderung der Organisation betheiligt. Daß es hierbei lediglich zeitlich vom Vorgehen der übrigen Kontingente abweicht, dafür spricht seine vertragsmäßig eingegangene Verpflichtung, bezüglich der Organisation der Armee Uebereinstimmung mit den übrigen Kontingenten herzustellen."

— Nach einem Telegramm der Exchange Company hat der deutsche Botschafter in Washington erklärt, daß Deutschland bis jetzt gewisse Handelsvorrechte auf den Suluinseln (Philippinen) genossen, die es auch nach dem Abschluß des Friedensvertrages zwischen Spanien und Amerika aufrecht zu erhalten gedenke.

— Die „Deutsche Tagesztg." schließt an die Wiedergabe der Notiz: Major Wißmann werde die Führung der Tschadsee-Expedition auf alle Fälle ablehnen, eine kurze Betrachtung an und erwähnt dabei: „Auch Major von Wißmann wurde, weil er durch sein energisches und selbstloses Auftreten im Interesse unserer deutschen Kolonialwirthschaft gewissen Leuten unbequem geworden war, mit einem Kolonialskandal à la Dr. Peters bedroht. Nur durch die Wachsamkeit und das Dazwischentreten einiger treuer Verehrer und Freunde des um unsere Kolonie hochverdienten Mannes wurde jener Plan im Keim erstickt." Durch diese Zeilen könnte vielleicht der Anschein erweckt werden, daß Wißmann Anlaß zu einem derartigen Skandal gegeben hätte. Wißmann und ein Theil seiner Offiziere wurden allerdings während der Antisklavereiexpedition von einem der eigenen Deckoffiziere bei der Antisklaverei-Gesellschaft angeschuldigt und ihm und in noch größerem Maße aber den Herren v. Bronsart, v. Elz und Weiß allerlei böse Dinge nachgeredet, die auf die geschäftliche Führung jener Expedition ein schlimmes Licht werfen sollten. Der Angeber wurde seiner Zeit protokollarisch in Ostafrika vernommen, und hierbei stellte sich schon die gänzliche Haltlosigkeit jener indirekten Anzeige heraus. Von einem Kolonialskandal à la Peters konnte nach keiner Richtung hin die Rede sein, so daß es des Dazwischentretens von Freunden und Verehrern des Mannes, von dem Fürst Bismarck mit vollem Recht gesagt, er sei mit tadelloser weißer Weste stets aus Afrika zurückgekehrt, nicht bedurft hat.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. November. Im Abgeordnetenhause fanden zum Schlusse wieder stürmische Scenen statt. Schon in vergangener Sitzung kam es zu einem heftigen Zusammenstoße zwischen Jungczechenführer Herold und Professor Pfersche, weil dieser auf die vorjährigen Ausschreitungen gegen die Prager Deutschen zurückkommend die Anstiftung dazu der Jungczechenpartei zuschob. Pfersche wiederholte heute die Behauptung, wenngleich mit der Einschränkung, die Behauptung habe sich nicht ausschließlich auf die jungczechischen Abgeordneten bezogen. Herold erwiderte mit heftigen Ausfällen gegen die Deutschen, nannte die Behauptung Pfersches „erbärmliche Lüge". Pfersche antwortete, indem er daran erinnerte, daß Herold von autoritativem Munde die Aeußerung vernahm: „Ihr Bürgermeister ist an Allem Schuld!" Wegen des Vorwurfes „erbärmliche Lüge" verlangte jedoch Pfersche die Einsetzung eines Mißbilligungsausschusses, der nach der Geschäftsordnung mündlich binnen 24 Stunden berichten muß. Am Sitzungsschluß beraumte jedoch der Vorsitzende, Vizepräsident Ferjancic, die nächste Sitzung mit der Mißbilligungsdebatte als erstem Gegenstand der Tagesordnung für den 6. Dezember an. Die Linke erhob heftigen Widerspruch. Kaiser protestirte gegen diese offenbare Verletzung der Geschäftsordnung und fragte: „Wie kann die Regierung, die doch nur aus Kavalieren besteht, wie kann das Präsidium eine Ehrenangelegenheit auf acht Tage hinausschieben?" Redner beantragte, die Mißbilligungsdebatte morgen zu führen. Funke bemerkte, es sei offenes Geheimniß, daß der Präsident Fuchs es abgelehnt habe, bei dieser gehäßigen Angelegenheit den Vorsitz zu führen. Die Vertagung auf acht Tage sei geschäftsordnungswidrig und dem Einflusse der Regierung zuzuschreiben. (Lebhafte Hörtrufe links.) Wolf: Er beantrage für den Fall, daß der Vizepräsident selbst nicht erkennt, daß er im Begriffe steht, ein Verbrechen zu begehen, namentliche Abstimmung. Pfersche: Es sei sein persönliches Recht, zu verlangen, daß das Haus binnen 24 Stunden sein Urtheil ausspreche. Der Vizepräsident beharrte unter stürmischen Widersprüchen der Linken auf seinem Vorschlage. Graf Stürgkh erklärte, daß sich das Haus morgen versammeln müsse. Die Großgrundbesitzer werden an der Abstimmung, weil sie ungesetzlich ist, nicht theilnehmen. Trotzdem nahm der Vorsitzende die Abstimmung vor, wobei einzelne Abgeordnete der Linken nur unter Protest stimmten. Der Antrag, morgen eine Sitzung abzuhalten, wurde mit geringer Mehrheit abgelehnt. Die Linke verlangte trotzdem, daß morgen Sitzung stattfinde. Der Vizepräsident lehnte das Verlangen ab und erklärte die Sitzung für geschlossen. Die Linke brach in stürmische „Pfuirufe!" aus, „Skandal!" „Schande!" „Sie sind ein unfähiger Vorsitzender!" „Wo ist ein deutscher Vorsitzender, Sie Abrahamowitsch!" Heeger lud ironisch den früheren Präsidenten Abrahamowitsch ein, den Präsidentensitz einzunehmen. In größter Erregung verließ die Opposition den Saal.

England.

London, 29. November. Lord Kitchener hat sich im Interesse einer Subskription für Schaffung eines Fonds von 100 000 Pfund Sterling zur Begründung eines „Gordon Memorial College" in Khartum an die Oeffentlichkeit gewandt. Die Königin hat sich bereit erklärt, das Protektorat zu übernehmen, der Prinz von Wales wird zweiter Patron. Salisbury hat Lord Kitchener in einem äußerst warm gehaltenen Schreiben seiner Unterstützung versichert.

Auf die Frage eines Berichterstatters, ob die Regierung Schritte gegen die Besteuerung der Goldminen in Transvaal zu thun gedenke, antwortete der Staatssekretär der Kolonien, Chamberlain, die Regierung der südafrikanischen Republik habe ein Recht, den Besitz innerhalb ihrer Landesgrenzen zu besteuern. Ob es politisch sei, weitere Lasten auf die Industrie zu legen, welcher der Wohlstand Transvaals hauptsächlich zuzuschreiben ist, sei eine andere Sache, die ausschließlich die Regierung Transvaals zu erwägen habe.

Türkei.

Konstantinopel, 29. November. Wie verlautet, hat der Kaiser von Rußland die Depesche des Sultans in Betreff der Uebertragung der Verwaltung der Insel Kreta an den Prinzen Georg von Griechenland auf indirektem Wege unter dem Ausdruck des Bedauerns abschlägig beantwortet. Nach aus Kreta hier eingelaufenen Meldungen schlug der Admiralitätsrath vor, daß die türkische Flagge zum Zeichen der Suzeränetät des Sultans nur in Suda neben den Flaggen der vier Großmächte gehißt bleiben solle. Der russische Admiral Skrydlow weigerte sich, die letzten Urtheile des Admiralitätsraths zu unterfertigen, indem er erklärte, dies sei ein Vorrecht des Prinzen Georg, welcher ohnedies bald eintreffe.

Marine und Schifffahrt.

Wie die „Voss. Ztg." nachträglich aus Kreisen, die mit der Marine in Verbindung stehen, erfährt, ist der Untergang des S-Torpedoboots Nr. 55 im September v. J. bei Fehmarn nicht nur in Folge Sinkens, weil es Wasser zog, sondern zugleich in Folge regulären Kenterns er-

folgt. Das Fahrzeug, von einer starken See erfaßt, kam zwischen zwei Wellenbergen im dazwischen befindlichen Wellenthal „dwars" zu liegen und wurde in dieser Lage von einer mächtigen Welle zum Kentern und Sinken gebracht. Bei den Torpedodivisionsbooten von etwa dem doppelten Tonnengehalt von 250—480 Tonnen ist derartiges noch nicht vorgekommen. Der Vorgang verweist daher aufs neue auf den allmäligen Ersatz der kleinen S-Boote durch Boote von beträchtlich stärkerem Tonnengehalt.

Arbeiterbewegung.

In **Berlin** ist eine nicht unbeträchtliche Defraudation durch einen Kassenbeamten, wie die „Medizinische Reform" mittheilt, in der Allgemeinen Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen entdeckt worden. Es haben in Folge dessen die arbeitgebenden Vorstandsmitglieder der Kasse ihr Amt niedergelegt. — In **Magdeburg** haben die Tapezierergehülfen beschlossen, an den Vorstand der Sattler- und Tapezierer-Innung das Ersuchen um Einführung einer 9½stündigen Arbeitszeit in ihren sämtlichen Werkstätten zu richten. Auf eine frühere Eingabe des Gehülfenausschusses war eine verneinende Antwort eingegangen. — In **Antwerpen** versuchten die ausständigen Schriftsetzer eine Anzahl Fachgenossen, die aus Mecheln und Brüssel in Antwerpen eintrafen, an der Aufnahme der Arbeit zu verhindern, wurden aber von der Polizei zerstreut. Die fremden Arbeiter erhoben Klage.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 30. November. Nach einer neuerlichen Verfügung der Regierungspräsidenten an die Polizeipräsidenten sollen Wünsche nach militärischem Beistand zur Unterdrückung innerer Unruhen in Orten ohne Garnison, außer in Fällen unmittelbarer Gefahr stets an das Generalkommando, und nicht an bestimmte Garnison-Kommandos oder Truppentheile gerichtet werden, da das Generalkommando allein in der Lage ist, zu übersehen, welche Truppentheile für den bestimmten Fall verfügbar und zur Verwendung am geeignetsten sind. Dem Generalkommando ist der Zweck der Hülfe, der Umfang der Ruhestörungen, die ungefähre Zahl der Excedenten, die für erforderlich erachtete Stärke des Kommandos und dessen voraussichtliche Dauer in der Regel telegraphisch anzugeben. Abtheilungen von geringerer Stärke als einer Kompagnie werden für die Folge zur Unterdrückung von Unruhen nicht mehr abgegeben. Von der erfolgten Requisition von Militärtruppen ist sofort auch dem Regierungspräsidenten auf telegraphischem Wege Anzeige zu machen. In Fällen unmittelbarer Gefahr, in denen die Requisition durch Vermittelung des Generalkommandos nicht mehr möglich ist, sind direkte Anforderungen von Militär möglichst nur an Infanterietruppentheile zu richten.

— Der Verband der Pommerschen Ostseebäder hielt am 28. d. Mts. zum ersten Male in Berlin (Nürnberger Hof), unter Vorsitz des Bürgermeisters Wegener-Swinemünde seine diesjährige General-Versammlung, bezw. den 9. Pommerschen Bädertag ab. Die Betheiligung war eine außerordentlich rege. Hervorzuheben ist, daß der Besuch der Verbandsbäder sich trotz der ungünstigen ersten Saison wiederum um ca. 8000 Bädegäste vermehrt hat und daß bedeutende Neuanlagen für 1899 beabsichtigt sind. Sehr lehrreich war der Vortrag des Dr. Friedel, Bade-Arzt von Zinnowitz, über „Injektions-Krankheiten in den Seebädern". Die Sitzung, an welcher auch Sanitätsrath Dr. Bock, General-Sekretär der Balneologischen Gesellschaft, und Redakteur Petzold von der Balneologischen Zeitung in Berlin theilnahmen, dauerte von 10 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags. Die bisherigen Vorstandsmitglieder: Bürgermeister Wegener-Swinemünde (Vorsitzender), Badedirektor, Oberstlieutenant von Tren-Misdroy (stellvertretender Vorsitzender), Stadtrath Dr. Bräunlich-Stettin (Schatzmeister), Badedirektor Liman-Berlin (Schriftführer) wurden durch geheime Wahl wieder und Hofrath Dr. Röchling-Misdroy als Badearzt neu gewählt.

— Am 29. November ist der Betrieb der Kleinbahn Löcknitz-Brüssow für den Vieh- und Güterverkehr eröffnet worden. Von der Beförderung ausgeschlossen sind Sprengstoffe. — Alle für den Verkehr maßgebenden Bestimmungen sind in den Tarifen vorgenannter Kleinbahn enthalten, welche von der Betriebs-Abtheilung Lenz u. Co.-Stargard und von den Dienststellen derselben käuflich bezogen werden können. An der Strecke liegen die Stationen Löcknitz, Bergholz, Grimme, Brüssow.

— Frl. Marie Barkany, welche gestern als „Claire" im „Hüttenbesitzer" eine vorzügliche Leistung bot, hat sich in Folge von Krankheit gezwungen gesehen, ihr hiesiges Gastspiel abzubrechen, sie tritt morgen Donnerstag nicht mehr auf, doch bleibt „Die Schulreiterin" auf dem Spielplan des Stadt-Theaters und wird dazu „Das Glöckchen des Eremiten" gegeben. Freitag geht „Der Barbier von Sevilla" in Scene.

* Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,40, Filet 1,80, Vorderfleisch 1,20 Mark; Schweinefleisch: Karbonade 1,60, Schinken 1,40, Bauch 1,30 Mark; Kalbfleisch: Kotelettes 1,60, Keule 1,50, Vorderfleisch 1,20 Mark; Hammelfleisch: Rippen 1,40, Keule 1,40, Vorderfleisch 1,20 Mark; geräucherter Speck (ausgewogen) 1,80 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10 bis 20 Pfg. billiger. — Der Gänsemarkt hatte reichliche Zufuhr aufzuweisen und wurden kleinere Bratgänse mit 50—56 Pf. für das Pfund bezahlt, mittlere Einschlachtgänse erzielten bis zu 60 und für besonders schwere Exemplare stieg der Preis bis auf 65 Pf. per Pfund.

* Verhaftet wurde hier der Winkelkonsulent Donner wegen Kautionsschwindels und sonstiger Betrügereien, eine Reihe von Anzeigen liegt gegen ihn bereits vor, doch sind wahrscheinlich noch nicht alle Fälle zur Kenntniß der Polizei gelangt. Um das Verfahren zu beschleunigen, werden die etwa bisher noch unbekannten Geschädigten ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden. — Festgenommen wurde ferner auf Veranlassung der hiesigen Polizei der in Grabow wohnhafte, mehrfach vorbestrafte Fleischer Kuhräuber. Derselbe steht unter dem Verdacht der Theilnahme an den hier in letzter Zeit bei verschiedenen Fleischermeistern ausgeführten Diebstählen, bei denen überall Vorrathskammern geplündert wurden.

* Der bei einem Stolzenhagener Besitzer bedienstete Knecht Albert Lindemann wurde vorgestern mit einem zweispännigen Kastenwagen nach Stettin gesandt, um Besorgungen zu machen. Bei der Heimfahrt nahm er einen etwa 30 Jahre alten unbekannten Mann mit, der vorgab, daß er gleichfalls nach Stolzenhagen müsse. Beim Bredower Chausseehaus stieg L. vom Wagen, angeblich um das Chausseegeld zu bezahlen, und dies benutzte sogleich der Fremde, der kräftig auf die Pferde einhieb und in der Richtung nach Züllchow davonfuhr. Der Knecht lief zwar dem Wagen nach, doch gelang es ihm nicht, denselben einzuholen.

* Vermißt wird der 48 Jahre alte Arbeiter Aug. Reitzel von hier; derselbe war Anfang Juli d. J. auf Wanderschaft gegangen, um in Stargard oder Pyritz Beschäftigung zu suchen; er ist jedoch weder in dem einen noch in dem anderen Ort gesehen worden und ebensowenig hierher zurückgekehrt. R. galt als ein fleißiger und nüchterner Mann, weshalb angenommen wird, daß ihm ein Unglück zugestoßen sei. — Seit einigen Tagen ist ferner die bei einer am Rosengarten wohnhaften Arbeiterfrau in Pflege befindliche 14jährige Bertha Rindfleisch verschwunden.

* In vorletzter Nacht verschwand die am Konkordia-Theater haltende Droschke Nr. 120, am folgenden Tage wurde das Gefährt jedoch von einem Bauern aus Stöwen zurückgebracht, in letztgenanntem Ort war der Wagen führerlos angehalten worden. Jedenfalls hat ein Gast des Konkordia-Theaters die Droschke zur Heimfahrt benutzt und dieselbe dann einfach stehen lassen.

Aus den Provinzen.

— Aus **Stolp**, 28. November, schreibt die „Danz. Ztg.": Durch die von der konservativen Wahlkreisleitung bei den diesjährigen Reichstagswahlen angeordneten Maßregeln war es den als Wahlvorsteher fungirenden agrarischen Führern möglich, ihre Gutsangehörigen dahin zu kontrolliren, für welchen Kandidaten sie ihre Stimmen abgaben. Aus den verschiedensten Bezirken des Wahlkreises wird nun mitgetheilt, daß diejenigen Gutsleute, welche trotz der Kontrolle ihrer Ueberzeugung gemäß liberal gestimmt haben, im Oktober gekündigt worden sind. Nach den bekannten Vorschlägen des Herrn v. Below-Saleske beabsichtigen die hiesigen Rittergutsbesitzer schwedische Arbeiter einzuführen.

V **Schivelbein,** 29. November. Ueber den Nachlaß des am 17. Oktober d. J. verstorbenen Gutsbesitzers Max Kunde zu Göhle B ist das Konkursverfahren eröffnet. Forderungen sind bis zum 26. Januar bei dem hiesigen Amtsgericht anzumelden.

Landwirthschaftliches.

In ihren letzten „Mittheilungen" giebt die Deutsche Landwirthschafts-Gesellschaft einige Zahlen und sonstige Angaben über ihren gegenwärtigen Geschäftsumfang; einiges daraus erscheint auch für weitere Kreise interessant als Beispiel dafür, was sich in kurzer Zeit (13 Jahren) durch zielbewußtes, ideales Zusammenwirken tüchtiger Kräfte in reiner Selbsthülfe erreichen läßt. — Die Grundlage der Einkünfte der Gesellschaft bilden die Beiträge (je 20 Mark) der jetzt etwa 12 100 Mitglieder. Eine Berechnung über das dafür an Geldeswerth Gebotene für die Zeit bis Ende 1897 ergiebt, daß auf je 20 Mark Beiträge 23 Mark Rückvergütung auf Düngemittelbezüge, 7 Mark (bei vollem Buchhändlerpreise 12 Mark) für kostenlos gelieferte Schriften und 1,53 Mark Ersparniß an Eintrittsgeld zu den Wander-Ausstellungen, im Ganzen also etwa 32 Mark (37 Mark) geboten wurden. Die Mitglieder, welche sämtliche erschienenen 36 Hefte „Arbeiten" und 8 „Anleitungen" sich haben schicken lassen (137 300 Exemplare sind im Ganzen ausgegeben), haben darin einen Buchhändlerwerth von 106 Mark (ohne „Mittheilungen" und Jahrbücher) empfangen; einzelne größere Düngemittelbezieher haben alljährlich je bis 1000 Mark Rückvergütung erhoben. Außer durch die Druckschriften sucht die D. L. G. durch meist schriftliche Auskünfte und neuerdings durch Lehrgänge für landwirthschaftliche Wanderlehrer die Ergebnisse der Wissenschaft in die Praxis einzuführen; so wurden im Jahre 1897 2452 Auskünfte aller Art ertheilt und folgende Aussendungszahlen des Schriftwechsel-Umsatzes erreicht: 106 422 Handschriften, 156 143 Drucksachen und Packete (außer den 328 458 Mittheilungen, Jahrbüchern und sonstigen Druckschriften) und 2682 Waarenproben, zusammen 593 715 Postsendungen, also werktäglich 1980 Stück. An Porto ist letztes Jahr verausgabt: 36 200 Mark; davon entfallen 16 500 Mark auf „Mittheilungen", 6000 Mark auf „Jahrbuch", 5000 Mark auf die Hauptstelle. Zur Kennzeichnung des Geschäftsbetriebes im Ganzen dienen noch folgende Zahlen: An Gehältern für die etwa 70 dauernd angestellten Beamten werden jetzt jährlich 213 000 Mark ausgegeben. Davon entfallen 129 451 Mark auf solche Geschäftsstellen, die sich durch Gebühren grundsätzlich selbst bezahlt machen, und 83 452 Mark auf solche, die regelmäßig Zuschuß erfordern (auf die Hauptstelle allein 58 450 Mark). An Miethe wird für die im Hause Berlin SW., Kochstraße 73 gelegenen 52 Zimmer gegenwärtig der Betrag von fast 20 000 Mark jährlich gezahlt. Durch die drei kaufmännischen Geschäftstellen hat die D. L. G. im Jahre 1897 landwirthschaftliche Bedarfsstoffe im Werthe von etwa 8,84 Millionen Mark vermittelt. Für die zur Kontrolle nöthigen chemischen Analysen hat z. B. die Futterstelle in dem Jahre über 4500 Mark Gebühren gezahlt. Die Gesamtkosten der 12 Ausstellungen haben betragen etwa 3 121 604,86 Mark, die diesjährige in Dresden allein, deren Rechnung noch nicht ganz abgeschlossen ist, 362 400 Mark. An Besuchern kamen zusammen im Ganzen 985 633, in Dresden allein 120 498 Personen.

Vermischte Nachrichten.

— Unter der Ueberschrift „Beiträge zur pastoralen Psychiatrie" veröffentlicht Dr. Willms, der bis zum 15. August d. J. an der Privatirrenanstalt des Pastors Paulsen in Kropp als Arzt thätig war, im neuesten Hefte des „Zentralbl. f. Nervenheilk. u. Psychiatrie" eine Schilderung dieser Anstalt, der wir Folgendes entnehmen: Ohne sich im Geringsten an die Regierungsbestimmungen zu halten, die dem leitenden Arzt ein bestimmtes Gebiet in der Krankenbehandlung vorbehalten, greift der Besitzer und geistliche Leiter der Anstalt P. Paulsen unmittelbar in das ärztliche Gebiet ein, indem er seine psychiatrische Behandlung darauf stützt, daß die Irrsinnigen, die für ihn auf derselben Stufe wie die Kinder stehen, als solche theils mit Liebe, theils mit Prügel, je nach den Umständen, behandelt werden müssen. Wenn thatsächlich wenig Prügelscenen in Kropp vorkämen, so liege es weniger an dem geistlichen Leiter als an seiner Furcht vor der Oeffentlichkeit und den Aerzten, die ein scharfes Auge auf diese Art der Krankenbehandlung haben. Die einzige Aufgabe der Aerzte in Kropp sei das Verschreiben von Arzneimitteln. Alles Andere, die Aufsicht über das Personal, das Verlegen und Isoliren der Geisteskranken, die Kontrolle über das Essen werde häufig allein von dem P. Paulsen und seiner Oberin ausgeübt, trotzdem vor Allem der leitende Arzt durch einen Ministerialerlaß hierzu berechtigt ist. Wenn die Aerzte grobe Mißstände tadelten, so liefen sie Gefahr, auf das schroffste abgewiesen zu werden. Eine schriftliche Beschwerde der Aerzte über das den Kranken verabreichte Essen sei vom P. Paulsen mit den Worten zurückgewiesen worden: „Das Essen auf der Anstalt untersteht in keiner Weise der Anordnung der Aerzte, weil sie nichts davon verstehen." Was die Behandlung der Geisteskranken anbetrifft, so berichtet Dr. Willms, daß die Zellen theilweise in einem überaus traurigen Zustande seien, feuchte Verließe mit dünnen Fenstern, an den sich die Kranken die Hände zerschneiden, wenn sie tobend dagegen schlagen. Durch die ungenügende Ventilation mancher Zellen entstehe ein scheußlicher Geruch. Einige Zellen liegen tiefer als der Erdboden, entgegen den Regierungsbestimmungen, und werden häufig trotz ihrer Feuchtigkeit belegt. Als die Staatsirrenanstalt in Schleswig überfüllt war, wurden etwa 70 Kranke nach Kropp übergeführt und in kaum fertige Häuser gesteckt, den feuchten Zement konnte man noch nach Wochen mit den Fingern von der Wand wischen. Die Schwestern des Pflegepersonals seien ohne jegliche Schulung und ungenügend für ihren schweren Beruf ausgebildet, die Stunden, die ihnen vom zweiten Arzt gegeben wurden, mußte dieser aus Mangel an Schülerinnen aufgeben. Die Aufsicht, welche die Diakonenaspiranten auf die Kranken ausüben, sei vollkommen unzureichend. „Es handelt sich hier nicht so sehr um die Persönlichkeit des Pastors Paulsen, dem jedes Urtheil über diese Verhältnisse abgeht, sondern darum, daß die Regierung 180 Kranke geistlichen Händen anvertraut, ohne die nothwendige Kontrolle zu üben, ob auch den Aerzten ihre von der Regierung zugewiesene Stellung gewährleistet ist. Den Aerzten ist es nicht möglich, das nöthige Maß von Berufsfreudigkeit zu behalten, wenn ihnen auf Schritt und Tritt Hindernisse in den Weg gelegt werden. Das Traurigste aber an der ganzen Geschichte ist, daß die Kranken unter dieser Wirthschaft Noth leiden und nicht das erhalten, was ihnen Pflicht und Wissenschaft zukommen lassen sollen." Ueber die neben seiner Seelsorge einhergehende erzieherische Thätigkeit des Pastors Paulsen ist ja schon manches Unvortheilhafte bekannt geworden; die Verantwortung für die obigen Mittheilungen überlassen wir jedoch Herrn Dr. Willms.

— Der „Fr. Z." wird aus Konstantinopel gemeldet: In der Umgegend von Smyrna wurde der englische Reisende Whitall durch Räuber gefangen, doch ist derselbe gegen Zahlung eines Lösegeldes von 30 000 Mark wieder in Freiheit gesetzt worden.

— Ein Postdiebstahl, der in der Nacht zum 8. September dieses Jahres in Münster in Westf. mit großer Verschlagenheit ausgeführt worden ist, wobei den Dieben Werthe von mehr als 130 000 Mark in die Hände gefallen sind, ist bis heute trotz emsiger Nachforschungen noch unaufgeklärt. Die Polizei, besonders der Kriminalkommissar Zillmann hat eine große Anzahl Unterbeamten und soche Personen vernommen, die an dem Diebstahl betheiligt schienen. Alle Haussuchungen und Verhaftungen sind indeß erfolglos geblieben und der Kommissar ist unverrichteter Sache nach Berlin zurückgekehrt. Die Ausführung des Diebstahls und alle Umstände lassen darauf schließen, daß der Diebstahl planmäßig ausgeführt worden ist. Das Reichspostamt hat anfänglich eine Belohnung von 1000 Mk. auf die Entdeckung der Diebe — einer allein kann den Diebstahl nicht ausgeführt haben — und die Herbeischaffung der gestohlenen Werthe ausgesetzt; das Amt hat jetzt diese Belohnung auf 5000 Mark erhöht. Von den gestohlenen Werthen, die aus Werthpapieren, Kassenscheinen und baarem Gelde bestehen, ist bis jetzt nicht die geringste Spur entdeckt. Man nimmt deshalb an, daß die Diebe das Gut nach dem Auslande verschleppt haben und daß alte Verbrecher an dem Diebstahl betheiligt sind. Die Nachforschungen nach den Dieben werden jetzt von hier aus fortgesetzt.

Newyork, 30. November. Von allen Seiten treffen Hiobsposten über den Schneesturm ein. Die Zahl der Opfer beträgt, wie man sagt, über 200 ohne die auf offener See umgekommenen Schiffsmannschaften.

Gerichts-Zeitung.

Erfurt, 29. November. In dem Prozeß gegen die wegen Theilnahme an den Straßenunruhen in der Pfingstwoche angeklagten Personen wurde bereits heute das Urtheil gefällt. Von den 16 Angeklagten wurden 9 freigesprochen, 6 wegen Betheiligung am Aufruhr zu 6 bis 12 Monaten Gefängniß und einer wegen Beleidigung der Polizei zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Schiffsnachrichten.

Hamburg, 29. November. [Neueste Nachrichten über die Bewegungen der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie.]

„Ambria", 27. November in Baltimore. „Auguste Viktoria", von Genua nach Newyork, 26. November von Gibraltar. „Australia", von St. Thomas via Havre nach Hamburg, 26. November Lizard passirt. „Bengalia", von Baltimore nach Hamburg, 27. November St. Catharines passirt. „Brasilia", von Hamburg nach Baltimore, 29. November Kuxhafen passirt. „Calabria", auf der Ausreise, 28. November in Penang. „Canadia", von Hamburg nach Neworleans, 26. November Kuxhafen passirt. „Christiania", von Hamburg nach Portland (Maine), 26. Nov. von Boston. „Deike Rickmers", 28. November in Newyork. „Dorothea Rickmers", auf der Ausreise, 28. November in Port Said. „Flandria", 26. November in Colon. „Fürst Bismarck", von Newyork via Neapel nach Genua, 27. November von Gibraltar. „Galicia", von Hamburg via Havre nach West-Indien, 26. November Kuxhafen passirt. „Georgia", von Genua nach dem La Plata, 25. November in St. Vincent. „Helene Rickmers", von Stettin nach Newyork, 28. November Butt of Lewes passirt. „Moravia", von Hamburg nach Newyork, 28. November in Havre. „Patria", 27. Novbr. von Newyork nach Hamburg. „Polynesia", von Hamburg via Havre nach West-Indien, 28. November Kuxhafen passirt. „Rhenania", von Hamburg nach West-Indien, 27. November von Havre. „Sibiria", auf der Ausreise, 27. Novbr. in Penang. „Silesia", 26. November in Antwerpen. „Sophie Rickmers", von Hamburg nach Philadelphia, 27. November Kuxhafen passirt. „Syria", 28. November in Pensacola. „Valesia", 28. November von St. Thomas via Havre nach Hamburg. „Virginia", von Pensacola nach Hamburg, 29. November Kuxhafen passirt.

Antwerpen, 30. November. Der Schooner „Antonio" ist in der Nähe von Cagliari gesunken. Sechs Mann der Besatzung sind ertrunken. Auch der schwedische Dampfer „Oceani" ist in der Nähe von Strack verunglückt, ein Theil der Besatzung konnte gerettet werden.

Newyork, 29. November. Aus Boston wird gemeldet, daß der Dampfer „Portland" am Sonntag Vormittag 10 Uhr bei North Truro (Massachusetts) in unmittelbarer Nähe der Küste untergegangen ist. Alle an Bord befindlichen Personen, nämlich 65 Passagiere und die Besatzung von 49 Mann sind ertrunken.

Börsen-Berichte.

Stettin, 30. November. Wetter: Trübe. Temperatur + 6 Grad Reaumur. Barometer 758 Millimeter. Wind: W.

Spiritus per 100 Liter à 100 % loko 70er 37,40 bez.

Landmarkt.

Weizen 160,00 bis 162,00. Roggen 145,00 bis 146,00. Gerste 138,00 bis 145,00. Hafer 134,00 bis 136,00. Heu 2,50 bis 3,00. Stroh 25 bis 30. Kartoffeln 36 bis 40 per 24 Zentner.

Berlin, 30. November. In Getreide ꝛc. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loko 70er amtlich 38,40, loko 50er amtlich 57,80.

London, 30. November. Wetter: Kalt.

Berlin, 30. November. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	101,10	London kurz	—,—
do. do. 3½%	101,10	London lang	—,—
do. do. 3%	94,60	Amsterdam kurz	—,—
Dtsch. Reichsanl. 3%	94,25	Paris kurz	—,—
Pom. Pfandb. 3½%	98,30	Belgien kurz	—,—
do. do. 3%	89,00	Berl. Dampfmühlen	129,50
do. Neul. Pfd. 3½%	98,60	Neue Dampf.-Comp. (Stettin)	106,40
3% neuländ. Pfdbr.	88,80	Chamotte-Fabr. A.-G. vorm. Didier	421,75
Centrallandschaft-Pfandbr. 3½%	98,90	„Union", Fabr. chem. Produkte	140,50
do. 3%	89,10	Varziner Papierfabr.	199,75
Italienische Rente	94,00	Stöwer, Nähmasch. u. Fahrrad-Werke	150,00
do. 3% Eisb.-Obl.	59,25	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,00
Ungar. Goldrente	101,50	3½% Hamb. Hyp.-B. unk. b. 1905	99,00
Rumän. 1881er am. Rente	100,00	Stett. Stdtanl. 3½%	—,—
Serb. 4% 95er Rente	58,40	**Ultimo-Kourse:**	
Griech. 5% Goldr. von 1890	40,10	Disc.-Commandit	194,50
Rum. am. Rente 4%	92,00	Berl. Handels-Ges.	163,75
Mexikan. 6% Goldr.	99,60	Oesterr. Credit	225,00
Oesterr. Banknoten	169,40	Dynamite Trust	—,—
Russ. Bankn. Cassa	216,20	Bochumer Gußstahlf.	215,10
do. do. Ultimo	216,50	Laurahütte	207,10
Gr. Russ. Zollcoup.	323,20	Harpener	174,50
Franz. Banknoten	80,85	Hibernia, Bergw.-Gesellschaft	195,10
National-Hyp.-Cred.-Ges. (100) 4½%	97,10	Dortmunder Union Littr. C.	94,60
do. (100) 4%	93,10	Ostpreuß. Südbahn	92,50
do. (100) 4%	87,75	Marienburg-Mlawka-bahn	83,25
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	—,—	Norddeutscher Lloyd	111,40
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI Em.	100,00	Lombarden	30,10
Stett. Vulc.-Aktien Littr. B.	217,40	Franzosen	152,00
Stett. Vulc.-Prior.	217,00	Luxemburg. Prince-Henribahn	101,90
Stett. Straßenbahn	175,00		
Petersburg kurz	—,—		
Warschau kurz	215,90		

Tendenz: Still.

Paris, 29. November, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Fest.

	29.	28.
3% Franz. Rente	102,35	102,32
5% Ital. Rente	95,15	94,90
Portugiesen	23,00	23,20
Portugiesische Tabaksoblig.	474,00	—,—
4% Rumänier	93,15	93,20
4% Russen de 1889	—,—	—,—
3% Russen de 1894	—,—	—,—
4½% Russ. Anl.	100,40	—,—
4% Russen (neue)	94,85	94,90
3% Serben	59,50	59,50
4% Spanier äußere Anleihe	42,10	42,20
Convert. Türken	22,77	22,70
Türkische Loose	112,50	112,00
4% türk. Pr.-Obligationen	475,00	475,00
Tabacs Ottom.	284,00	286,00
4% ungar. Goldrente	102,80	102,80
Meridional-Aktien	688,00	686,00
Oesterreichische Staatsbahn	769,00	768,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	3625	3630
B. de Paris	941,00	942,00
Banque ottomane	546,00	548,00
Credit Lyonnais	863,00	860,00
Debeers	662,00	659,00
Langl. Estrat.	—,—	75,50
Rio Tinto-Aktien	771,00	774,00
Robinson-Aktien	225,50	225,00
Suezkanal-Aktien	3657	3648
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,68	206,68
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122,12	122,12
do. auf Italien	6,62	6,50
do. auf London kurz	25,26½	25,26½
Cheque auf London	25,29½	25,29
do. auf Madrid kurz	356,00	354,50
do. auf Wien kurz	207,75	207,45
Huanchaca	43,00	—,—
Privatdiskont	—,—	—,—

Hamburg, 29. November, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezember 31,50 G., per März 32,25 G., per Mai 32,50 G., per September 33,25 G.

Hamburg, 29. November, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per November 10,20, per Dezember 10,25, per Januar 10,30, per Februar 10,35, per März 10,40, per Mai 10,52½. Ruhig.

Bremen, 29. November. (Börsen-Schlußber.) Raffinirtes Petroleum. [Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.] Loko 6,90 B. Schmalz ruhig. Wilcox 27½ Pf., Armour shield 27½ Pf., Cudahy 28¼ Pf., Choice-Grocery 28¼ Pf., White label 28¼ Pf. — Speck ruhig. Short clear middl. loko 28 Pf. — Reis stetig. — Kaffee fest. — Baumwolle ruhiger. Upland middl. loko 29 Pf.

Amsterdam, 29. November. Java-Kaffee good ordinary 32,50.

Amsterdam, 29. November. Bancazinn 50,25.

Amsterdam, 29. November, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine matter, per November —,—, per März 179,00. Roggen loko —, do. auf Termine ruhig, per März 142,00, per Mai 137,00. Rüböl loko —,—, per Dezember —,—, per Mai —,—.

Antwerpen, 29. November. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste behauptet.

Antwerpen, 29. November, Nachm. 2 Uhr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 19,62 bez. u. B., per November 19,62 B., per Dezember 19,87 B., per Januar-März 20,00 B. Fest.

Schmalz per November 67,00.

Paris, 29. November. Getreidemarkt. (Schluß bericht.) Weizen behauptet, per November 22,85, per Dezember 21,55, per Januar-Februar 21,40, per Januar-April 21,45. Roggen ruhig, per November 14,50, per Januar-April 14,50. Mehl beh., per November 47,35, per Dezember 46,75, per Januar-Februar 46,10, per Januar-April 46,10. Rüböl ruhig, per November 51,25, per Dezember 51,25, per Januar-April 52,00, per Mai-August 52,50. Spiritus beh., per November 43,50, per Dezember 43,00, per Januar-April 43,50, per Mai-August 43,25. — Wetter: Regen.

Paris, 29. November. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 pCt. loko 30,25 bis 31,25. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per November 31,62, per Dezember 31,87, per Januar-April 32,37, per März-Juni 32,87.

Havre, 29. November, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Dezember 38,25, per März 39,25, per Mai 39,75. Behauptet.

London, 29. November. 96% Javazucker loko 12,25 fest, Rüben-Rohzucker loko 10 Sh. 1¾ d. Käufer, ruhig.

London, 29. November. Chili-Kupfer 56 9/16, per drei Monate 56,50.

London, 29. November. Kupfer Chilibars good ordinary brands 56 Lstr. 15 Sh. — d. Zinn (Straits) 83 Lstr. 7 Sh. 6 d. Zink 24 Lstr. — Sh. — d. Blei 13 Lstr. 7 Sh. 6 d. Roheisen Mixed numbres warrants 49 Sh. 11 d.

Hull, 29. November. Getreidemarkt. Weizen thätiger. Wetter: Schön.

Liverpool, 29. November. Getreidemarkt. Weizen ruhig aber stetig, Mehl unverändert, Mais ruhig. Wetter: Schön.

Glasgow, 29. November. (Schluß.) Roheisen. Mixed numbers warrants 49 Sh. 7½ d. Warrants Middlesborough III. 45 Sh. 9 d.

Newyork, 29. November. (Anfangskourse.) Weizen per Dezember 73,62. Mais per Dezember 39,00.

Newyork, 29. November, Abends 6 Uhr.

	29.	28.
Baumwolle in Newyork	5,62	5,62
do. Lieferung per Dezember	—,—	5,43
do. Lieferung per Februar	—,—	5,49
do. in Neworleans	5 1/16	5 1/16
Petroleum, raff. (in Cases)	8,05	8,05
Standard white in Newyork	7,30	7,30
do. in Philadelphia	7,25	7,25
Credit Calances at Oil City	115,00	115,00
Schmalz Western steam	5,17¼	5,17½
do. Rohe und Brothers	5,50	5,50
Zucker Fair refining Moscovados	4,00	4,00
Weizen kaum stetig.		
Rother Winterweizen loko	76,12	77,12
per Dezember	73,12	73,62
per März	74,50	74,75
per Mai	71,00	71,25
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,25	6,25
per Dezember	5,45	5,40
per Februar	5,70	5,65
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,70	2,70
Mais stetig,		
per November	—,—	—,—
per Dezember	39,00	38,87
per Mai	39,62	39,50
Kupfer	13,00	13,00
Zinn	18,35	18,45
Getreidefracht nach Liverpool	5,00	5,00

Chicago, 29. November.

	29.	28.
Weizen kaum stet., p. Novmb.	65,75	66,12
per Dezember	65,75	66,12
Mais stetig, per Dezember	33,12	33,12
Pork per Dezember	7,75	7,77½
Speck short clear	5,00	5,00

Wasserstand.

* **Stettin,** 30. November. Im Revier 5,52 Meter = 17′ 7″.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 30. November. Von unterrichteter Seite wird versichert, daß das in Paris verbreitete Gerücht, der österreichische Militär-Attachee, Oberst Schneider, habe einen auf die Dreyfus-Affaire Bezug habenden Brief geschrieben, vollständig erfunden sei.

Paris, 30. November. Die Kundgebungen zu Gunsten Picquarts dauern fort. Gestern Abend durchzogen mehrere hundert Studenten das Quartier Latin unter den Rufen: „Es lebe Picquart! Es lebe Zola!" Die Demonstranten begaben sich sodann in die Nähe des Gefängnisses, um dort eine Kundgebung zu veranstalten. Die Studenten wurden jedoch von der Polizei hieran verhindert und aus der Nähe des Gefängnisses gewiesen.

Madrid, 30. November. Eine Ministerkrisis ist bevorstehend. Romero Robledo, General Weyler und mehrere andere Führer der Liberalen haben die Königin-Regentin ersucht, Sagasta abzuberufen. Ein Aufstand der Karlisten ist augenblicklich nicht zu befürchten; Don Carlos wird nicht eher handeln, als bis der Friedensvertrag von dem Parlamente gut geheißen worden ist.

London, 30. November. „Daily News" besprechen den Abrüstungsvorschlag des Zaren und sagen, es sei unleugbar, daß dieser Vorschlag aufrichtig gemeint sei. Es bleibe nur noch zu wissen übrig, welchen Beistand die englische Regierung diesem Vorschlag verleihen wird. Der Vorschlag selbst bedeute einen jener goldenen Augenblicke der Weltgeschichte, welche, wenn man sie entwischen lasse, niemals mehr zurückkehren.

London, 30. November. Prinz Ludwig von Battenberg, Kommandant des Kreuzers „Majesty", das Admiralschiff des Aermelgeschwaders, hat sich gestern durch einen Fall schwer verletzt und wurde besinnungslos fortgetragen. Hierdurch befindet sich der Kreuzer „Majesty" ohne seine beiden Hauptoffiziere, da auch der andere Admiral Stephenson vor zwei Tagen ertrunken ist.

London, 30. November. Die Blätter besprechen den Aufruf, welchen Lord Kitchener an die Nation erlassen hat, um in Chartum eine Schule zum Andenken an Gordon zu errichten. „Daily Chronicle" sagt, daß dieses Vorhaben eine edle Gesinnung verrathe und vom ganzen Lande freudig begrüßt werde. Man müsse dem Helden von Omdurman Dank wissen, auf diese Weise die Erinnerung an Gordon in allen Kreisen wachgerufen zu haben. — Lord Kitchener ist gestern gleichzeitig mit Lord Dufferin, früherem englischen Gesandten in Paris, zum Ehrenbürger von Edinburg ernannt worden.

London, 30. November. „Morningreader" meldet aus Wien, daß der Zar im Frühjahr Wien besuchen werde, um dem Kaiser Franz Josef seinen Besuch von 1897 zu erwidern. Der Besuch soll keine politische Tragweite haben.